

Ungarn bleibt Schlusslicht in der Region: Regierung steckt in der Krise

BUDAPEST (Dow Jones/bfai)--Die Schocktherapie zur Bekämpfung der Budgetkrise erschütterte in Ungarn nicht nur die Regierung, das ganze Land ist betroffen. Die Sozialisten wurden in eine Minderheitsregierung gezwungen, die Zentralbank dreht an der Zinsschraube, und die Wachstumsprognosen für 2008 liegen lediglich bei knapp 2%. Erste Reformen wurden gestoppt, und deren Fortgang ist offen. Unterdessen steigen die Einfuhren, da die Exportindustrie weiter expandiert und die Nachfrage bleibt schwach. Ungarn wird 2008 mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von unter 2% mit großem Abstand Schlusslicht in Mittelosteuropa bleiben. Das gleiche gilt voraussichtlich für 2009: Die Prognosen pendeln hier um die 3-Prozent-Marke. Gleichzeitig geht das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche für den Rest Mittel- und Osteuropas (MOE) von durchschnittlich plus 5,4% aus. Für Ungarn dürfte erst nach 2010 eine Dynamik von wieder mehr als 4% pro Jahr in Reichweite kommen.

Vor allem die Binnennachfrage wird sich in Ungarn voraussichtlich nur zögerlich beleben: Die Bruttoanlageinvestitionen versprechen 2008 real um rund 3,5% zu steigen und die Bauaktivität um etwa 3%. Beim privaten Verbrauch ist erst ab 2009 eine spürbare Erholung in Sicht, und die Risiken für das prognostizierte Investitionswachstum in der Industrie haben sich zuletzt durch neue Belastungen auf der Kostenseite vergrößert, unter anderem durch einen kräftigen Anstieg der Strompreise.

Der weitere Kurs des Landes ist unklar. Die Gesundheitsreform, die eine Teilprivatisierung der Krankenkassen einleiten sollte, wurde vorerst gestoppt. Parlamentsmehrheiten für eine umfassende Steuerreform gibt es nicht, obwohl mehrere kleinere Parteien den Übergang zu einer „Flat Tax“ fordern, um verlorene steuerliche Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu den Nachbarländern möglichst schnell zurückzugewinnen. Eine umfassende Ver-

waltungsreform ist nicht in Sicht, und über neue Referenden könnten auch andere Reformansätze auf längere Sicht blockiert werden.

Die Schocktherapie aus dem Jahr 2006 hat ihr Hauptziel erreicht, die abrupte Eindämmung des Budgetdefizits. Es ist 2007 auf 5,5% des

Bruttoinlandsprodukts (BIP) gesunken. Noch im Vorjahr drohte es - ohne das von der EU angemahnte Stabilisierungsprogramm der Regierung - auf über 10% des BIP zu steigen. Das Defizit ist somit in kürzester Frist fast halbiert worden und verspricht 2008 auf 4% des BIP zu fallen. Ob es danach wie geplant auf annähernd 3% sinkt und dann auf diesem Niveau verharrt, ist offen. Das

sehr hohe Anfangstempo beim Defizitabbau durch Abgabenerhöhungen und die - darauf folgende - Regierungskrise dürften sich ebenso negativ auswirken wie die 2010 anstehenden Neuwahlen.

Mehr: Seite 2

Gründe für Pessimismus

- ▶ 2008 wird das ungarische Wachstum voraussichtlich bei 2% liegen.
- ▶ Wichtige Reformen wie der Umbau des Gesundheits- und Steuersystems wurden gestoppt.
- ▶ Die Erfüllung der Maastricht-Kriterien scheint in weite Ferne gerückt.
- ▶ Nach dem Austreten der Liberalen aus der Koalition stellt die Regierung 190 von 386 Abgeordneten.

Länderinfo Osteuropa

Fortsetzung von Seite 1:

Ungarns Minderheitsregierung nimmt ihre Arbeit auf

Die Ungarische Nationalbank fordert weitere Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme und weist darauf hin, dass die Ausgaben zur Familienförderung in Ungarn gemessen am BIP so hoch wie in keinem anderen EU-Land seien. Auch an der Steuerfreiheit für den Mindestlohn und dem niedrigen Renteneintrittsalter gibt es Kritik.

Der Handlungsspielraum der Regierung ist eng begrenzt. Die jüngste Regierungskrise war Folge eines Referendums, das gegen Abgabenerhöhungen gerichtet war. Dabei ging es unter anderem um eine Praxisgebühr in Höhe von 1,20 EUR pro Arztbesuch. Diese Gebühr ist auf Druck der rechtskonservativen Opposition zurückgenommen und der Reformeifer der regierenden Sozialisten insgesamt stark gedämpft worden. In ihrem Umfang dürfte die weitere Gesundheitsreform entgegen allen Ratschlägen abgespeckt werden.

Zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit will die Ende April vorgestellte neue

Minderheitsregierung die Stärkung der Wachstumskräfte machen. Hieraus lässt sich nicht schließen, dass der Euro zügig anvisiert wird und die Maastricht-Kriterien bald erfüllt werden sollen.

Hoffen auf eine Investitionswelle

Gleichzeitig ist der bisherige Minister für Regionalentwicklung Gordon Bajnai als neuer Superminister für Wirtschaft und Entwicklung nominiert worden. Er steht für einen Kurs, der Ungarn in die Euro-Zone führen will. Bajnai, bisher Minister ohne Geschäftsbereich für Gebietsentwicklung und Selbstverwaltung, übernimmt anstelle von Csaba Kakosy das neu organisierte Ministerium für Wirtschaft und nationale Entwicklung.

Die Bereiche Verkehr, Nachrichtenwesen und Energie wandern in das neue Infrastrukturministerium, welches der bisherige Generaldirektor der Ungarischen Post, Pal Szabo, leiten soll.

Als weitere neue Mitglieder seiner künftigen sozialistischen Minderheitsregierung stellte Gyurcsany Karoly Molnar, Imre Szabo, Tamas Szekely und Erika Szücs vor. Der einzige Unabhängige im ungarischen Parlament, Istvan Gyenesei, wird demnach Minister ohne Portefeuille für Selbstverwaltung.

Der Bruch der Liberalen mit dem Kabinett Gyurcsany war erfolgt, als dieser die liberale Gesundheitsministerin Agnes Horvath aus dem Amt entlassen hatte. Horvaths Nachfolger wird nun der bisherige Generaldirektor der staatlichen Krankenkasse OEP, Szekely. Die bisherige Vize-Vorsitzende des MSZP-Vorstandes Szücs übernimmt fortan das Amt der scheidenden Arbeits- und Sozialministerin Monika Lamperth - sie soll in Zukunft Funktionen in Gyurcsanys MSZP übernehmen. Das Umweltministerium des Liberalen Gabor Fodor übernimmt Imre Szabo, bisher Chef der Sozialisten im Komitat Pest (Umland von Budapest). Das neue ressortfreie Ministerium für Wissenschaft und Entwicklung wird der Rektor der Technischen Universität Budapest, Karoly Molnar, leiten.

Ausgelöst werden soll in Ungarn eine neue Investitionswelle: Schon für 2009 erwartet die neue Regierung einen Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen um real 7,2%. Diesen Optimismus teilen die Analysten allerdings nicht. Die Wirtschaftsforscher von Ecostat und Kopint-Tárki rechnen nur mit einer Ausweitung um 5%, und zwar trotz der Mittelzuflüsse aus EU-Fonds. Die Regierung will vor allem durch Verfahrensbeschleunigungen bei Projekten für neuen Schwung sorgen. Schon ab Mitte 2008 sollen entsprechende Maßnahmen Wirkung zeigen. Sie beziehen sich auf Genehmigungsverfahren bei Projekten sowie auf Vereinfachungen im öffentlichen Beschaffungswesen. Ziel ist es, vor allem die Abwicklung von EU-geförderten Vorhaben zu beschleunigen.

Erika Anders-Clever (bfai)



Das Volk macht mobil: Demonstrationen gegen die Regierung gehören in Ungarn fast schon zum Alltagsbild und bremsen das Reformtempo. Foto: Tim Bradshaw